

AfD: Wenn der Bock sich selbst zum Gärtner macht

Ausgerechnet die AfD brachte in der Landtagssitzung am 25. Februar den Entwurf für ein „Gesetz zur Verbesserung der Finanzkontrolle hinsichtlich Untreuehandlungen in Thüringen“ ein. Gewohnt großmäulig trat die AfD auf.

Die Verschwendung von Steuermitteln sei „ein bei Politikern unbeliebtes Thema“, behauptete der Fraktionsvorsitzende Björn Höcke, alle – außer der AfD natürlich – „haben versagt“. Die AfD forderte Kontrolle und ein Zusammenarbeiten von Rechnungshof und Strafverfolgungsbehörden, wandte sich gegen „Steuerverschwendung“. Stephan Brandner geißelte theatralisch einen „Vertrauensbruch gegenüber dem Steuerzahler“.

Doch der Vorstoß ist schon insoweit merkwürdig, dass vom Justizausschuss Mitte 2015 die Immunität von zwei Mitgliedern der AfD-Fraktion aufgehoben wurde. Gegen Höcke wird seitdem wegen des Vorwurfs ermittelt, Scheingehälter für seinen Wahlkreismitarbeiter abgerechnet zu haben. Ermittelt wird auch gegen Höckes Stellvertreterin Wiebke Muhsal, gegen die laut eines MDR-Berichts eine frühere Wahlkreis-Mitarbeiterin Strafanzeige erstattet hat – Vorwurf: auf Kosten des Steuerzahlers zwei Scheingehälter abgerechnet zu haben.

Noch ein weiterer und hochaktueller Vorgang macht die Heuchelei der AfD deutlich. Nach Recherchen des ZDF-Landesstudios Thüringen hat die AfD-Fraktion mit Fraktionsgeldern finanzierte Werbemittel auf Veranstaltungen der Landespartei verschenkt. Das ZDF verweist in seinem Bericht auf die klaren Regeln für die Verwendung von Fraktionsgeldern und zitiert dazu den Thüringer Landesrechnungshof, der 2012 formuliert habe: „Werbeartikel (...) sind Sympathiewerbung für Partei-

en. Die Fraktion muss sicherstellen, dass sie nicht von den Parteien eingesetzt werden.“ Die Fraktionsfinanzen sind, anders als die Beitragseinnahmen der Parteien, Steuermittel.

Dazu befragt, räumte die AfD-Fraktion die „Vergabe von Werbemitteln an Parteimitglieder auf ZDF-Nachfrage ein“, wie es bei dem Sender heißt. Der veröffentlichte auch eine Stellungnahme von Stefan Möller, Geschäftsführer der AfD-Landtagsfraktion: es sei „kein vorsätzlicher Verstoß, sondern schlicht auf Unkenntnis der rechtlichen Vorgaben zurückzuführen“.

Diese Naivität ist dem Juristen Möller allerdings kaum abzunehmen, ohnehin würde der Rechtsgrundsatz gelten, dass Unwissenheit nicht vor Strafe schützt. Als durchaus folgerichtig lässt sich deshalb eine Stellungnahme von Finanzministerin Heike Taubert (SPD) einschätzen, bezogen auf den Gesetzesentwurf und das vom ZDF aufgedeckte Verhalten der AfD: „Da frage ich mich, wo bleibt die Selbstanzeige der AfD“, so die Ministerin gegenüber der Thüringischen Landeszeitung. „Und das zumindest könnten sie doch selbst anzeigen, wenn sie schon allen anderen unterstellen, dass sie sich nicht an Recht und Gesetz halten“, erläuterte Taubert ihren Vorschlag.

Davon wollte die AfD dann freilich nichts wissen. Geht es um den Verdacht auf eignes Fehlverhalten, interessiert man sich dort für den möglichen „Vertrauensbruch gegenüber dem Steuerzahler“ offenbar nicht mehr so richtig. Schon in der Landtagssitzung hatte Brandner die Vorwürfe als „Gerüchte“ abgetan und rechtliche Schritte gegen Taubert angedroht. Zumindest originell war Brandners weitere Argumentation: „Warum soll man sich selbst anzeigen, wenn es schon in der Zeitung steht?“ (sw)

Zuschüsse für Berufsschüler

Die neue Richtlinie für Zuschüsse zu Fahrt- und Unterbringungskosten an Berufsschüler ist rückwirkend zum 1. Januar in Kraft getreten. „Da die Realisierung eines thüringenweiten Azubi-Tickets noch etwas Zeit in Anspruch nimmt, freue ich mich, dass das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport die Richtlinie mit grundlegenden Verbesserungen zeitnah überarbeitet hat“, so die Sprecherin für Jugend und Ausbildung der Linksfraktion, Kati Engel.

Der Kreis der Antragsberechtigten wurde erheblich erweitert und betrifft nicht mehr nur Auszubildende, die von sozialer Härte betroffen sind. Eine Kostenrückerstattung erfolgt nun gestaffelt nach der Höhe der Auszubildendenvergütung. Ebenso haben auch Auszubildende, die keinen Blockunterricht besuchen, jetzt das Recht, einen Antrag zu stellen. Die tägliche Mindestfahrzeit, die ebenfalls ein Kriterium des Zuschusses ist, wurde von vier Stunden auf zwei halbiert. „Interessant ist, dass sich die tägliche Mindestfahrzeit und

die Höhe des Zuschusses am öffentlichen Nahverkehr bemessen, auch wenn ein privates Fahrzeug benutzt wird. Berufsschüler, die selbst fahren, sollten deshalb überprüfen, wie lange sie mit dem Zug brauchen würden, denn eventuell sind sie auch antragsberechtigt“, empfiehlt die Abgeordnete. Es sei auch nicht mehr notwendig, die Antragsformulare beim zuständigen Schulamt abzuholen, sie können nun bequem im Internet heruntergeladen werden. Außerdem könne der Antrag bereits nach drei Monaten gestellt werden, ohne dies als Härtefall begründen zu müssen.

„Der demografische Wandel konfrontiert uns mit einer abnehmenden Zahl von Klassen und Schulen und die Wege zwischen Wohnort und Berufsschule werden länger, während die Ausgaben für Fahrt und Unterbringung stetig steigen. Daher begrüße ich die Überarbeitung der Richtlinie, die die Auszubildenden mit geringen Einkünften entlastet“, betonte Kati Engel.

Berufsakademie wird zur Dualen Hochschule

Mit dem Gesetz zur Einführung der Dualen Hochschule Gera-Eisenach stellt die Regierungskoalition sicher, dass noch im ersten Halbjahr die Thüringer Berufsakademie zur Dualen Hochschule aufgewertet wird. „Damit werden entscheidende Verbesserungen für den Status der Studierendenschaft, mehr Attraktivität des Studiums für die Praxispartner und bessere Arbeitsverhältnisse an der künftigen Dualen Hochschule“, so der hochschulpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE Christian Schaft.

„Rot-Rot-Grün sorgt damit nach der Rahmenvereinbarung IV, die den Thüringer Hochschulen bis 2019 ein Plus von 160 Millionen Euro beschert, für den nächsten Baustein zur Weiterentwicklung der Thüringer Hochschullandschaft.“

Katja Wolf im Präsidium des Städtetages

Die Wahl von Eisenachs Oberbürgermeisterin Katja Wolf in das Präsidium des Deutschen Städtetages hat Susanne Hennig-Wellsow, Fraktions- und Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE, gewürdigt:

„Mit der Wahl einer Politikerin der LINKEN in das Präsidium eines solchen Spitzenverbandes ist in Deutschland ein weiteres Stück politische Normalität eingekehrt. Als Interessenvertretung von rund 3.400 Städten und Gemeinden erfüllt der Städtetag eine wichtige Funktion in der kommunalen Selbstverwaltung. Katja Wolf ist als erfahrene Kommunal- und Landespolitikerin erste Wahl für dieses Amt.“

Susanne Hennig-Wellsow erinnerte daran, dass die heutige Oberbürgermeisterin von Eisenach von 1999 bis 2012 Mitglied der Fraktion DIE LINKE (bzw. der PDS) im Thüringer Landtag war und dabei u.a. als Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses amtiert hat. Die kommunale Verankerung von Katja Wolf zeigte sich nicht nur im Ergebnis der Wahl zur Oberbürgermeisterin vom 6. Mai 2012, sondern auch darin, dass sie bei der Landtagswahl am 30. August 2009 im Wahlkreis „Wartburgkreis II – Eisenach“ das Direktmandat errungen hat. Als Oberbürgermeisterin überzeuge sie mit Gestaltungskraft und Bürgernähe.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.

Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

Irrelevant

„Wir bauen auch im rechten Bereich unsere V-Leute-Basis wieder auf“, so irritierte Stephan Kramer, Präsident des Amtes für Verfassungsschutz beim Thüringer Innenministerium, in einem MDR-Interview die Öffentlichkeit. Im Koalitionsvertrag heißt es freilich, dass Rot-Rot-Grün „das bisherige System der V-Leute in Thüringen (...) beenden“. Nur im Einzelfall kann davon zur Terrorabwehr abgewichen werden – mit Zustimmung des Innenministers und des Ministerpräsidenten. Kramer sei „nicht in der Position, Vereinbarungen der Koalition aufzukündigen“, stellte Steffen Dittes, Innenpolitiker der Linksfraktion, denn auch klar. Sollte Kramer anderer Meinung sein, so Dittes weiter, „ist der Innenminister gefordert, seine Personalentscheidung zu überdenken und zu korrigieren“.

Statt des beim Thema V-Leute sonst gewohnten – schier unvermeidlichen – Wolfgang Fiedler warf sich diesmal der Pressesprecher der CDU-Fraktion, Dr. Karl-Eckhard Hahn, in die Bresche. Den „Sound zum Thema ‚Arroganz der Macht‘“ wollte er bei Steffen Dittes vernommen haben. Und man erinnert sich an die vielen Volksbefragungen zum V-Leute-Einsatz, als die CDU, die Partei der direkten Demokratie, noch in Thüringen regierte...

Da hatte Kramer längst betont, er meine V-Leute im Rahmen des Koalitionsvertrages. Der CDU-Vorstoß wundert dennoch nicht, hat die den Verfassungsschutz in Thüringen doch über Jahre für ihre politischen Zwecke missbraucht. „V-Leute-Debatte. Koalitionskrach bei #r2g. Rückendeckung für @Stjkramer durch @MikeMohring“, twitterte Hahn später noch. Doch da hat die CDU wohl nur schlecht geträumt. Es gibt kein Koalitionskrach. Es gibt nicht mehr V-Leute. Und die Ansicht des Oppositionspolitikers Mike Mohring ist in dieser Frage schlicht irrelevant.